

mr. Publiwshafen, 21. Juni. (Drahbericht.) Einer gegen der Telephonabgebührenteuerung an die Wirtschaftsbteilung des Reichspostministeriums gefandten Abordnung wurde dort erklärt, daß Abänderungsvorschläge der die letzte Telephonabgebührentordnung vorlägen, die den neuen Reichstag beschäftigen würden.

Die Regierungskrise in Österreich.

Wien, 23. Juni. Staatskanzler Dr. Renner sprach in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung über die Krise. Er erklärte sich gegen den Versuch der Bildung einer Beamtenregierung, die nur eine Regierung der christlich-sozialen Partei wäre. Er schloß, entsprechend dem Proportionalwahlgesetz, eine Regierung vor, in der die Parteien nach ihrer Stärke in der Nationalversammlung vertreten seien. Der Staatskanzler erwartet heute noch eine entsprechende Erklärung der christlich-sozialen Partei auf dieses Angebot. Rühmen die übrigen Parteien der Nationalversammlung an, so könnten die Wahlen beginnen, für die der 4. August in Aussicht genommen ist, so daß die Einberufung des neuen Parlaments am 21. Okt. erfolgen könnte.

Der Bonfott gegen Ungarn.

Wien, 23. Juni. Von dem Bonfott gegen Ungarn meldet die „Arbeiterzeitung“ die völlige Einstellung des Handels und Güterverkehrs, abgesehen von Liebesgaben und einem Geldsumme durch Beamte nach Ungarn abgekauften Gütern. — Der Wiener Kreis-Verkehr ist ebenfalls gestoppt. Der Bonfott gegen Ungarn hat in Ungarn niederschwächen und zu diesem Zweck die Einstellung des gesamten Güterverkehrs durchzuführen und den Rücktritt des Staatssekretärs Jerschik wegen seines Erlasses gegen den Bonfott zu fordern.

Wien, 23. Juni. Zum Bonfott gegen Ungarn erzählt die Korrespondenz des Verlags, daß der Eisenbahnverkehr nach Ungarn vollkommen ruht. Die Verladung von Holz und Gütern ist ebenfalls auf dem Donauwege gestoppt. Auch in Wien hat, ebenso wie in Brau, eine Gewerkschaft des technischen Personals der Zeitungen eine Erklärung abgegeben, anrichtige Angaben über den Stand des Bonfotts zu verhindern. Wichtiger und Solidarität der Zeitungsarbeiter ist es, die Bonfotthaltung nicht mittelbar zu schädigen. In Triest fand am Sonntag eine große Arbeiterkundgebung ausanlassen des Bonfotts statt. Insbesondere haben sich die Hafenarbeiter für den Anschlag an den Bonfott ausgedrückt. Auch die Arsenal-, Holz- und Telegraphen-Angestellten von Rom haben beschlossen, an dem Bonfott teilzunehmen. Der Korrespondenz des Verlags zufolge hat die christlich-sozialistische Partei eine Entschließung angenommen, in der der wirtschaftliche Bonfott gegen Ungarn aufs entschiedenste verurteilt wird.

Die irische Frage.

London, 23. Juni. (Drabbericht.) Bonar Law gab im Unterhaus bekannt, daß bei den Zusammenstößen in Londonderry 9 Zivilisten getötet und 15 bis 20 verwundet worden sind. Der Brigadegeneral Campbell hat Befehl erteilt, die nötigen Vollmachten, um Ordnung zu schaffen, immerhin erlaubt man, daß die neutralen Streitkräfte der Lage Herr werden können. Das Haus hat einen Antrag über die sofortige Eröffnung der Diskussion der irischen Frage angenommen.

Die deutsche Ausfuhr nach England.

W. T. B. Amsterdam, 22. Juni. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, belief sich der Wert der deutschen Ausfuhr nach England im Februar, März und April auf 5.400.000 Pfund. Englands Ausfuhr nach Deutschland betrug in der gleichen Zeit 5.400.000 Pfund.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Tschecho-Slowakei.

Prag, 22. Juni. Das tschecho-slowakische Pressobureau erzählt: Der Chef der russischen Wollton Kravitz hat an den Minister des Äußeren ein Schreiben gerichtet, in dem er angibt, auf welche Art und Weise es möglich wäre, sofort wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und was für Waren nach Russland aus der tschecho-slowakischen Republik ausgeführt werden könnten. Dem Brief liegt ein sehr ins einzelne gehendes Verzeichnis aller Fabrikate und Waren bei, mit denen Handel getrieben werden könnte. Die tschecho-slowakische Regierung beschloß, nächster Tage nach London einen Finanzminister zu senden, der über konkrete Fragen ein endgültiges Abkommen schließen würde.

Die polnische Kabinettstürze.

Warschau, 23. Juni. (Drabbericht.) Poln. Pressobureau. Nach weitläufigen Beratungen mit dem Zentrum und Linksparteien, die das neue Kabinett bilden wollten, stellte der Abgeordnete Witos abgesehen die Unmöglichkeit fest, ein politisches Ziel zu erreichen und legte den Auftrag in die Hände des Staatschefs zurück.

Ein arabisches Königreich in Mesopotamien.

London, 22. Juni. „Daily Express“ berichtet, das englische Kabinett habe beschlossen, nach vier Jahren in Mesopotamien ein arabisches Königreich zu gründen. Bis dahin werde das Land mit englischen Garnisonen besetzt und eingeborene Polizeitruppen aufgestellt werden.

(M. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Wandlungen.

Roman von Hans Becker (Wiesbaden).

Als Gluchow Olga verließ, versuchte er Pläne zu machen: Er wollte Olga fortjücken, nach Moskau zu seiner Schwester.

Der Gedanke war schnell gekommen und wieder verschwunden. Was konnte das helfen? Petersburg oder Moskau, eins wie das andere. Sie würde auch gar nicht gehen, er wollte sie auch nicht von sich lassen.

Ein anderer Plan. Ein paar Tage wollte er warten, dann mit Paul Herford sprechen. Was er ihm sagen wollte? „Herr Herford, mein Kind liebt Sie, nehmen Sie meine Olga zur Frau. Ich bin ein reicher Mann, ich gebe meiner Tochter ein paar Millionen mit.“

Unhaltbare Idee. Wie er den jungen Künstler kennen gelernt, was während seiner Krankheit der Impresario von ihm erzählt: Wie stolz, wie unberechenbar er sei — ins Gesicht würde ihm der lachen. „Herr Gluchow, ich stehe nicht auf dem Markt zum Verkauf aus, Ihr Geld brauche ich nicht.“

Aber vielleicht liebte er Olga, wie sie ihn — natürlich liebte er sie. War denn etwas anderes möglich, konnte es einen Menschen auf der Welt geben, der seine Olga nicht liebte?

Doch auch diese Überzeugung erfreute ihn nicht. Er hatte im stillen noch immer gehofft, irgendeinen Ausweg zu finden.

Er kam zu keinem Entschluß, er mußte abwarten. Vielleicht, wenn der junge Künstler aus dem Hause kam und Olga ihn nicht mehr sah, wurde doch noch alles gut.

Paul hatte endlich aufstehen dürfen. Nicht gleich morgens, das hatte der Professor nicht erlaubt. So um drei, vier Uhr nachmittags, auf eine Stunde. Nun sah

Wiesbadener Nachrichten.

Zur Erhöhung des Schulgeldes.

Man schreibt uns: Wie in der Stadt verlautet, soll die nächste Stadtratsversammlung u. a. auch ihre Zustimmung zu einer erheblichen Erhöhung des Schulgeldes für höhere Schulen geben. Bekanntlich ist dieses Schulgeld bereits vor einiger Zeit sehr beträchtlich in die Höhe gehoben worden. Man spricht nun wiederum von einer Erhöhung um 100 Prozent, die aber auch noch nicht den Schluss bilden soll. Man kann somit in einiger Zeit mit einem Schulgeld von 500 bis 600 M. pro Kind rechnen. Der Elternrat des städtischen Gymnasiums hat sich mit dieser Angelegenheit in seiner letzten Sitzung eingehend befaßt. Die große Tragweite eines solchen Schrittes in der obengenannten Richtung scheint der Schulpflicht noch nicht allenfalls zum Bewußtsein gekommen zu sein. Es mögen deshalb die in Betracht kommenden Stellen in letzter Stunde nochmals darauf hingewiesen werden, welche Veranlassung sie auf sich nehmen, wenn sie einen solchen Schritt herbeiführen, der das schon jetzt im Vergleich zum Frieden ungeheuer gesteigerte Schulgeld für die höheren Schulen noch weiter hinaufhebt. Es ist ganz fraglos, daß der Mittelstand und die Privatangehörigen in keiner Weise derart hohen Anforderungen gewachsen werden, die von Seiten der Steuerbehörden an sie gestellt werden, diese Last nicht tragen können, und daß sie daher, da es sich hier um eine Ausgabe handelt, welche ja nicht ganz verdrängt werden kann, zum großen Teil ihre Kinder von den höheren und den Mittelschulen auf die Volksschulen versetzen lassen müssen und werden. Dies bedeutet aber nichts mehr und nichts weniger als eine Herabsetzung des Bildungsniveaus des Mittelstandes auf ein weitaus tieferes Niveau und es macht fernerhin die höhere Schulbildung und alle Berufswege, welche eine solche zur Voraussetzung haben, zu einem Privileg der Reichen. Das aber in einer solchen ganz unaussprechlichen Entwicklung gerade das entgegengesetzte Prinzip zur Verwirklichung kommen würde, welches unsere fortgeschrittene demokratische Zeit auf ihre Fahne geschrieben hat, braucht nicht näher auseinandergelegt zu werden. Das so oft angeführte Wort „Freie Bahn für den Tüchtigen“ wird mit solchen Maßnahmen aus der Welt geschafft. Es handelt sich also um eine ganz direkte antialleghische Maßnahme, vor der in allerletzter Stunde nicht dringend genug gewarnt werden kann. Wenn wir hören, daß in anderen Städten, wie z. B. in Köln, das Schulgeld schon jetzt auf 600 M., in Essen gar auf 1000 M. gehoben ist, so kann das nichts an unserem Standpunkt ändern, sondern nur uns nur in um so krasserer Weise vor Augen führen, wohin wir fliehen.

Was tun? Die Stadt braucht das Geld. Das wird niemand bestreiten können, welcher die überausgehenden Ausgaben des Herrn Stadtkämmerers Schulte gebührt oder geleistet hat. In der Sitzung des Stadtrates wurde mitgeteilt, daß die Stadt in den höheren Schulen zurzeit mehr als 1000 M. pro Kind zulegen muß. Diese Mittel müssen also, wenigstens zum Teil, beschafft werden. In der Sitzung des Stadtrates des Vorzuges I wurden die Dinge eingehend besprochen und es wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht, welche den in Betracht kommenden Stellen mitgeteilt sein mögen. Vor allen Dingen wäre es gerecht, die einheitliche Festsetzung des Schulgeldes zu verlassen und, da es sich schließlich doch um eine Steuer handelt, die Höhe des Schulgeldes in Abhängigkeit mit der jeweiligen Zahl der zahlenden Einkommensteuer zu stellen. Außerdem müßte unter allen Umständen eine Ermäßigung für das zweite, dritte, vierte und fünfte Kind einer Familie eintreten. Es ist nicht einzusehen, weshalb z. B. ein Familienvater mit einem Kind und 1000 M. Jahreseinkommen nicht erheblich mehr zu den der Stadt für die Erhaltung der Schulen erwachsenden Lasten beitragen soll, wie ein Familienvater mit einem Jahreseinkommen von 900 M. Weiterhin wurde auch noch der sehr einleuchtende Vorschlag gemacht, kinderlose Ehepaare mit einem bestimmten Einkommen zu einer besonderen Einkommensteuer heranzuziehen. Warum sollen diese, welche doch im übrigen die ganzen Ertragssteuern für ihren Lebensstandard zahlen, nicht in dieser Weise zugunsten der Allgemeinheit herangezogen werden? Um dabei unnötige Härten und Ungerechtigkeiten zu vermeiden, könnte man noch auf den Gedanken kommen, eine solche Steuer nur von den Ehepaaren zu erheben, welche mindestens 7 Jahre kinderlos verheiratet sind, welche also unter normalen Umständen nur sehr selten Kinder bekommen könnten. Auch an die oft besprochene und unbegriffenweise noch immer nicht aufgekommene Junggeheile Steuer könnte man im Zusammenhang mit der hier interessierenden Frage denken. Es mögen noch andere Vorschläge denkbar sein. Hier sollen diese wenigen Hinweise genügen, um zu zeigen, daß es Mittel gibt, das schwere Unheil zu verhindern, welches uns und die Zukunft unserer Kinder bedroht. Caveant consules!

Dr. St.

er in seinem Schlafzimmer und fragte die Pflegerin aus: „War ich sehr krank, habe ich phantasiert, was habe ich alles gesagt?“

Blötzlich fiel ihm ein: „Ich muß mich bei dem gnädigen Fräulein für alles bedanken. Fräulein Olga ist doch hier die Hausherrin. Bitte, Schwester Marfa, geben Sie zu ihr und melden Sie mich an.“

Die Schwester redete dagegen: „Lassen Sie das heute noch, Herr Herford.“

Das machte ihn unwillig, er bestand darauf. „Nein, ich muß. Bitte gehen Sie, Schwester Marfa.“

Als sie hinaus war, rief er Philipp, um sich annehmen zu lassen. Dann suchte er nach einem Spiegel und blickte sich ganz verwundert um, als er keinen fand.

„Hier kein Spiegel?“

„Nein, Herr Herford, man hat ihn wohl herausgetragen.“

„Warum?“

„Ich weiß es nicht, es ist vielleicht hier so Sitte, daß im Krankenzimmer kein Spiegel sein darf.“

Paul ging in den kleinen Salon, der an sein Schlafzimmer stieß und stellte sich dort vor den großen Spiegel.

„Donnerwetter — wie sehe ich aus!“

Aus dem schmalen, bleichen Gesicht blickten ihm die dunkel umrandeten Augen entgegen. Wie ein Fremder erschien er sich.

Er stand und starrte sich an. Als er sich umwendete, schwanke er so, daß Philipp zuspringen und ihn zu einem Sessel geleiten mußte.

„Es geht doch nicht. Laufen Sie, Philipp, rufen Sie die Schwester her!“

Der Diener lief hinaus, doch es war schon zu spät. Eine Tür im Nebenzimmer ging. Einige Schritte näherten sich, es klopfte leise, Olga Gluchowa trat herein.

Sie blieb einen Augenblick zögernd stehen. Dann jedoch, als sie sah, daß Paul sich erheben wollte, trat

— Ein neues Kaufmannserholungsheim. In eindrucksvoller Fülle übernahm am Mittwoch, den 16. d. M., die Deutsche Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime (Berliner Heim für Handel und Industrie) ihr neues Nordsee-Heim in Bad Nordsee seiner Bestimmung. Sie hat dadurch die unergieblichen Defizite der Nordsee der kaufmännischen und technischen Angehörigen wie überhaupt einem großen Teile unseres Mittelstandes ausnützlich gemacht und damit ein Beispiel gegeben, wie man praktische Bevölkerungspolitik treiben kann. Sie fand dabei die besondere Zustimmung der Kommission für Bevölkerungspolitik des preussischen Landtages, die unter Führung ihres Vorsitzenden, Dr. Strunz, fast vollständig der Heim beistand. Die preussische Regierung war durch den Regierungspräsidenten von Aurich und eine Anzahl höherer Beamten vertreten. Mit dem neuen Heim hat die Gesellschaft, deren Hauptgeschäftsstelle sich in Wiesbaden befindet, jetzt 14 Heime mit rund 1500 Plätzen in Betrieb. Das Nordsee-Heim ist ein überaus stilvolles und behaglich eingerichtetes Gebäude, das in 70 Zimmern rund 120 Personen Unterkunft bieten kann.

— Spielbanken in Preußen? Wie Berliner Mittagsblätter berichten, sollen vor einigen Tagen im preussischen Ministerium des Innern Vorparaden stattgefunden haben, an denen Vertreter des Landesrats, des Reichstages und der Kreis- und Provinzialparlamente teilnahmen. Auf die Frage der Spielbanken in Preußen, ob es der Staatsregierung nicht möglich sei, für die Einnahmen der Spielbanken zu erlauben, erklärte der Regierungspräsident, daß die preussische Regierung in den nächsten Tagen an die Bundesregierung mit der Frage wenden würde, ob die Regierungen in ihren Ländern ein allgemeines Verbot des Spielbetriebs erlassen wollen. Schon heute könne gesagt werden, daß die Vorparaden vornehmlich ausfallen würden. Daran würde die preussische Regierung ihrerseits die Kommission für drei öffentliche Spielbanken im preussischen Gebiet erteilen, und zwar für je eine Bank in Swinemünde, Bad Homburg a. d. H. und Kölnberg. — Für Wiesbaden wurde der Gedanke der Errichtung einer Spielbank besonders in der Stadtverordnetenversammlung am vergangenen Freitag sowohl durch Bürgermeister Frörs als auch durch den demokratischen Fraktionsführer Justizrat v. Ed. mit Recht einstweilen als abzulehnen erklärt.

— Entsch. der für Kriegswende abgestellten Kriegsgeldern. Um die Wiederherstellung der im Kriege eingezogenen Kriegsgeldern zu erleichtern und vor allem den bedürftigen Kriegsgeldern zu helfen, hat die Reichsregierung Vorparaden genehmigt, sich mit den interessierten Kreisen in Verbindung zu setzen. Aus diesen Vorparaden heraus hat sich ein Gläubigerschutz gebildet, der die Frage eingehend prüfen und möglichst schnell für etwa zu treffende Einrichtungen Vorschläge machen soll. Von den bei Eintritt des Weltkriegs noch nicht zurückgegebenen Gläubigern sind die, deren Verbleib bekannt war, vielen wieder zurückgegeben worden. Für 400 Gläubiger, deren Verbleib unbekannt war, wurde eine alle Wertminderungen enthaltende Liste aufgestellt, mittels derer versucht wird, die Gläubiger zu ermitteln. Bei 200 ist das bereits gelungen.

— Zusammenfassung der pensionierten Eisenbahnrenten. Auch die Eisenbahnrenten und deren Hinterbliebenen sehen sich durch die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, wie man uns schreibt, in eine große Notlage verwickelt. Es ist deshalb die Errichtung eines Vereins dieser Kategorie ehemaliger Reichsbahnrenten beabsichtigt. Näheres hierüber wird noch bekannt gegeben.

— Rückgang des Postverkehrs. Postamtlich wird aus Berlin berichtet: In letzter Zeit sind in den Zeitungen mehrfach Nachrichten verbreitet worden, wonach der Postverkehr infolge der am 6. Mai in Kraft getretenen Gebühren-erhöhungen sehr stark zurückgegangen sei. Die Postverwaltung stellt diesen Mitteilungen fern. Die Wirkung der Gebührenerhöhungen läßt sich erst in einigen Monaten mit Sicherheit beurteilen, wenn das Ergebnis der vom Reichspostministerium angeordneten amtlichen Feststellungen vorliegen wird. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß eine wesentliche Ursache des gegenwärtig bemerkbaren Verkehrs-rückganges in den Eisenbahnen liegt, unter denen das gesamte Wirtschaftsgeschehen seit einigen Wochen leidet.

— Der „Kriegende Kellner“, ein alter Bekannter aus besseren Tagen, der an den einflussreichen Plagen Schokolade, Bonbons, feine Weine, Obst, Wein und andere gute, aber sehr teure Sachen anbietet, zeigt sich wieder auf den Bahnhöfen.

— Unschuldiges Opfer. In Rheindessen mütter die Maul- und Klauenseuche immer noch mit unerminderter Heftigkeit. Die Gegenmaßnahmen werden angewendet. Neuerdings geht man dort sogar dazu über, die Schweine aus den Städten zu vertreiben, da man auch durch diese die Verbreitung der Seuche befürchtet. Wohl selten findet man einen Stall, in dem nicht seit Jahren ein Schweinepaar

sie schnell bis zu ihm vor mit einer ängstlich abwehrenden Handbewegung.

Sie dürfen nicht, Herr Herford. Schwester Marfa sagte mir — deshalb bin ich gekommen. Sie müssen sich noch schonen —

Er versuchte von neuem aufzustehen. Doch Olga hatte schon einen Hocker erfährt, schob diesen in die Nähe seines Sessels und setzte sich.

Bleiben Sie ruhig auf Ihrem Platz. Sie sind Konvaleszent. Sie müssen hübsch gehorchen. So. Ich treue mich, daß es Ihnen wieder gut geht. In ein paar Tagen werden Sie ausfahren können.

Er hatte noch kein Wort gesprochen, er schwieg auch jetzt. Was hätte er auch sagen können? Worte des Dankes für die gastliche Aufnahme oder so etwas? Das erschien ihm im Augenblick eine überflüssige Phrase. Er fühlte, daß sie solche Worte ablehnen, ihn gar nicht ausprechen lassen würde.

Er beugte sich vor, nahm still ihre Hand und drückte seine Lippen darauf. Als er wieder aufblickte, glaubte er Tränen in ihren Augen zu finden. Das löste ihm die Zunge.

„Gnädiges Fräulein —“ Er erinnerte sich, welcher Schreck er gehabt, als er sich im Spiegel betrachtete. Sie fühlte wohl Mitleid mit ihm. Er versuchte zu scherzen: „Bin ich eine solche Vogelscheuche geworden, daß Sie sich vor mir fürchten?“

„Sprechen Sie nicht so, Herr Herford. Sie müssen doch verstehen, daß es mir leid tut, Sie so — angetroffen zu finden. Ich habe Sie seit dem Abend auf dem Feste nicht gesehen, ich —“

Sie schwieg. Sie fühlte, daß sie sich verwirrte, sie hätte das nicht sagen dürfen.

Sie mußte sich zusammennehmen, um das wieder gut zu machen.

„Das macht die Luft des Krankenzimmers, wenn Sie erst wieder herauskommen —“

(Fortsetzung folgt.)

Berliner Devisenkurse.

Für ein im Aufstehen begriffenes Unternehmen (Konkurrenzlos) wird Teilhaber mit 100 000—200 000 RM. Kapital gesucht. Kesseltanten, welche nachweist, über obige Summe verfügen, wollen Offerten unter Z. 988 an den Tagbl.-Verlag einreichen.

